Mittwoch, den 30. November 1932

Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem

Einzelnummer 15 Groschen

Lodzer Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 331. Die „Lodzer Volkszeitung" erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zloty 4.—, wöchentlich Zloty 1.—; Ausland: monatlich Zloty 7.—, jährlich Zloty 84.—. Einzelnummer 15 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer 109. Telephon 136-90. Postscheckkonto 63.508. Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30—3.30.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Zloty; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

10. Jahrg.

Arbeiterdelegationen beim Fürsorgeminister

Lodzer und Zawiercier Arbeiterdelegationen schildern dem Fürsorgeminister die Not der Arbeitslosen. — Keine Hilfe für die Armen.

Delegationen der Textilarbeiter aus Lodz und Zawiercie weilten gestern in Warschau und wurden vom Vizeminister für soziale Fürsorge Dr. Roznowski empfangen, dem sie die große Not der Arbeiter schilderten, in die diese durch die ständigen Lohnkürzungen und Entlassungen geraten sind.

Die Lodzer Delegation ersuchte den Herrn Minister, dahin einzuwirken, daß in der Lodzer Textilindustrie endlich der vertragslose Zustand aufhöre, der von den Unternehmern zu immer neuen Lohnkürzungen ausgenutzt werde. Vizeminister Dr. Roznowski entgegnete, daß er sowohl wie auch der Lodzer Wojewode Bemühungen in dieser Angelegenheit unternommen haben, doch ohne sichtlichen Erfolg, da keine diesbezüglichen Gesetzesvorschriften bestehen, die zum Abschluß eines Sammelvertrages verpflichten würden.

Die Delegation von Zawiercie machte den Herrn Minister darauf aufmerksam, daß durch die Schließung der Werke von Zawiercie die ganze Stadt dem Hungertode preisgegeben wäre, da bereits jetzt die Arbeitslosigkeit dort erschreckende Ausmaße angenommen habe. Die Not wäre um so größer, da die meisten entlassenen Arbeiter keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben. Der Vizeminister erklärte, daß das Ministerium Schritte unternommen habe, um die Stillegung der Textilwerke von Zawiercie zu verhindern. Was dagegen die Unterstützung derjenigen Arbeitslosen anbelange, die die Berechtigung zur Unterstützung nicht besitzen, so könne für diese leider nichts getan werden, da hierfür keine gesetzliche Handhabe vorhanden sei (!). Sollten aber die Werke von Zawiercie doch geschlossen werden, so wolle er, der Vizeminister, beim Arbeitslosenfonds intervenieren, damit die Hilfe für die Arbeitslosen erweitert werde.

Jahresbericht des Arbeitslosenfonds.

Die Zahl der beim Arbeitslosenfonds Versicherten betrug im Jahre 1931 durchschnittlich 827 000 (1929 = 1 005 000). Im Jahre 1931 wurden 270 000 (115 000) Arbeitslose geführt. Die Ausgaben des Fonds erreichten 1931 die Höhe von 111 Millionen Zloty, wodurch ein Fehlbetrag von 70 Millionen Zloty entstand. Die Gesamtaufwendungen für die Arbeitslosen aus staatlichen Mitteln beliefen sich im Jahre 1931 auf 180 Millionen Zloty gegen 166 Millionen Zloty im Jahre 1930.

Aus obigem Bericht ist u. a. ersichtlich, daß im Jahre 1931 im Durchschnitt 178 000 Arbeiter weniger beschäftigt — da nicht versichert — waren als im Jahre 1929, die Zahl der durchschnittlich registrierten Arbeitslosen aber in den Jahren 1929 und 1931 nur um 155 000 gestiegen ist. Auch dies ist Beweis dafür, daß Tausende Arbeiter aus der Arbeitslosenhilfe ausgesteuert wurden, ohne in der amtlichen Statistik zu figurieren.

Erregte Stimmung in Lemberg.

Kommunisten nützen die Studentenunruhen für ihre Zwecke aus.

Gestern mittag fand in Lemberg die Beerdigung des Studenten Grotkowski statt, die vollständig ruhig verlief, da die Polizei den Friedhof abgesperrt hatte und nur den nächsten Angehörigen des Toten und einigen Akademikern, die am offenen Grabe Reden hielten, den Zutritt zum Friedhof gestattete. Aber bereits kurz nach der Bestattungsfeier begannen in der Stadt wiederum Unruhen und Schlägereien zwischen polnischen Studenten und jüdischen Straßenpassanten. Der Student Zygmunt Zamorski wurde am Halse verletzt und im Zusammenhang hiermit verbreitete sich in der Stadt blitzschnell das Gerücht, daß wieder ein Student ermordet worden sei, was nicht den Tatsachen entspricht.

Die erregte Stimmung in der Stadt nützen die Kommunisten aus, um bei dieser Gelegenheit die Unruhen zu vergrößern. Von kommunistischen Agitatoren aufgestachelter Pöbel versuchte während der Demonstration der Studenten die Marktstände und einige Geschäfte zu plündern. Es mußte Polizei einschreiten, die die Aufwiegler festnahm. Um es nicht zu weiteren Ausschreitungen kommen zu lassen, hat die Polizei gegen 40 bekannte Kommunisten in ihren Wohnungen verhaftet. Die Untersuchung ergab, daß der Ueberfall auf den Studenten Michal Sojka nicht von Juden, sondern von den kommunistischen Agitatoren, den Brüdern Leon und Zygmunt Czechowicz, ausgeführt wurde, um auf diese Weise die Studenten zu weiteren Ausschreitungen zu provozieren. Aehnlich verhielt es sich mit der Verletzung des Studenten Zamorski, der während einer Demonstration einem kommunistischen Agitator den Revolver entreißen wollte, worauf dieser auf Zamorski einen Schuß abgab, der ihn in den Hals traf. In dem ungeheuren Wirrwarr, der folgte, konnte der Provokateur entkommen. In der Stadt wurden Aufrufe an die Polizei verteilt, die zur Nichterfüllung ihrer Pflichten aufgefordert wird. Der Inhalt der Aufrufe ist so gehalten, als ob diese von den Studenten stammen, die damit nichts zu tun haben wollen.

Im Zusammenhang mit den Lemberger Vorfällen kam es auch in anderen Städten zu judenfeindlichen Ausschreitungen. In Tschenstochau wurden jüdische Straßenpassanten überfallen und verprügelt. Ein gewisser Leiser Friedmann mußte in schwerem Zustande nach dem Krankenhaus gebracht werden. In Krakau wurden von den Studenten die Schaufenster in jüdischen Geschäften eingeschlagen. Auch in Wilna kam es in der Universität während einer Vorlesung des Prof. Bossowski zu Unruhen und Schlägereien. Die Polizei befand sich überall in höchster Alarmbereitschaft und vereitelte Zusammenrottungen.

Beck bei Herriot.

Außenminister Beck hatte mit dem französischen Ministerpräsidenten Herriot am Dienstag eine längere Unterredung über politische Tagesfragen, besonders über die bevorstehende 5-Mächtebesprechung. Beck gab in Anschluß an seine Unterredung mit Herriot der Presse eine Erklärung ab, in der er die vollkommene Uebereinstimmung Polens mit Frankreich in der Abrüstungsfrage feststellte. Ueber die bevorstehende Fünfer-Konferenz sei er sehr befriedigt.

Der polnische Außenminister, der Dienstag früh aus Genf in Paris eingetroffen war, reiste heute abend nach Warschau weiter.

Taraszkiewicz zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt.

Vor dem Wilnaer Bezirksgericht fand der Prozeß gegen den ehem. weißrussischen Sejmabgeordneten Bronislaw Taraszkiewicz statt, der bereits vor einigen Jahren wegen kommunistischer Tätigkeit zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Vor kurzem wurde er in Dirschau verhaftet, als er sich auf dem Wege nach Rußland befand. Das Gericht verurteilte ihn zu 8 Jahren Gefängnis.

Antwortadresse an den König angenommen

London, 29. November. Das Unterhaus beendete am Montag abend die Aussprache über die Thronrede des Königs. Der Mißtrauensantrag der Arbeiterpartei gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung Macdonald wurde mit 431 gegen 39 Stimmen abgelehnt und die Entschließung zur Antwortadresse an den König angenommen.

Rekordtiefstand des Pfundes.

Kriegsschulden verursachen Krisenzustand.

Der Pfundkurs hat im Laufe des gestrigen Tages an der Londoner Börse einen Tiefstand erreicht, den es noch nie zu verzeichnen gab. Das englische Pfund wurde mit 3,14¾ Dollar notiert. —

Was ist die Ursache für die gefährliche Krise des englischen Pfundes?

Am 15. Dezember, also in 15 Tagen, haben europäische Staaten an die Vereinigten Staaten von Nordamerika knapp 125 Millionen Dollar von ihrer riesigen Kriegsschuld zurückzuzahlen. Auf Großbritannien allein entfallen zu diesem Zahlungstermin Zins- und Tilgungszahlungen von 95,6 Millionen Dollar und auf Frankreich 19,3 Millionen Dollar. Polen hat am 15. Dezember eine Rate in Höhe von 6,22 Millionen Dollar zu zahlen. Auch für andere Staaten, wie Italien, Griechenland, sind Ratenzahlungen ihrer Kriegsschulden fällig.

Nun haben vor kurzem England und Frankreich, denen andere Staaten gefolgt sind, die Regierung der USA um Aufschub dieser Zahlungen ersucht. Mit diesem Moratoriumgesuch ist der Schleier von dem wirren Komplex der Kriegsschulden gerissen worden, und seit der Ueberreichung des Ersuchens um Zahlungsaufschub ist die internationale Politik ganz vom Problem der Kriegsschulden und den eventuellen Auswirkungen desselben auf die Wirtschaft in Anspruch genommen.

So wie sich Deutschland für die Reparationsleistungen als zahlungsunfähig erklären mußte, sieht sich jetzt ein trotz aller Krisenwirkungen noch so reiches Land wie Großbritannien gezwungen, bei seinen Gläubigern um Zahlungsaufschub nachzusuchen. Bei Frankreich haben die Dinge allerdings einen politischen Hintergrund: Verkoppelung des Lausanner Reparationsabkommens mit Deutschland mit einem entsprechenden Erlaß der Kriegsschulden durch die USA; denn Frankreich wäre mit seinen riesigen Goldvorräten ohne weiteres in der Lage, seinen finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Polen, das bereits große Fehlbeträge im Staatsbudget zu decken hat und vor einem rechnerischen Fehlbetrag von über 360 Millionen Zloty im Budgetvoranschlag 1933-34 steht, wäre froh, wenn es für die fälligen Zahlungen an Amerika wenigstens Zahlungsaufschub erhalten würde.

Die Kriegsschuldenfrage, die jetzt zwischen europäischen Schuldnerstaaten und USA zur Diskussion steht, geht nicht nur die Schuldnerstaaten, sondern die ganze Welt an, die nicht zuletzt wegen der politischen Schuldenzahlungen, u. a. der Kriegsschulden, aus der unheimlichen Krisenkrankheit noch nicht erlöst worden ist. Mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise in allen Ländern und der Schrumpfung des Welthandels hat es sich immer deutlicher gezeigt, daß die Aufbringung gewaltiger Summen als Reparationen und Kriegsschuldenzahlungen und die Uebertragung dieser Summen in ausländische Währungen ohne wirtschaftliche Gegenleistungen eine glatte Unmöglichkeit darstellen, denn die wirtschaftlichen Gegenleistungen für diese Milliarden sind während des Krieges im wahrsten Sinne des Wortes verpulvert worden.

Die Sozialistische Internationale hat schon 1922 in Frankfurt a. M. gefordert: „Streichung aller Kriegsschulden und Beschränkung der Reparationen auf den Ersatz der in Kriegsgebieten Zivilpersonen zugefügten materiellen Schäden". Und der Wiener Kongreß der Sozialistischen Arbeiterinternationale 1931 hat diese Forderung in der politisch-wirtschaftlichen Resolution nochmals wiederholt und mit Nachdruck hinzugefügt: „Die vollständige Annullierung der Kriegsschulden ist heute notwendiger denn je", wobei darauf hingewiesen wurde, daß die Neuregelung der Kriegsschulden aufs engste verbunden ist mit der internationalen Abrüstung.

Trotz der seit Jahren von den Sozialisten erhobenen Forderung nach Streichung der Kriegsschulden und Reparationen, haben die kapitalistischen Regierungen es nur dazu gebracht, und dies noch gezwungenerweise im Angesicht des finanziellen Zusammenbruchs Deutschlands, daß in Lausanne eine Stundung und Neuregelung der deutschen Reparationen herbeigeführt wurde. An das Kriegsschuldenproblem ist man nicht herangetreten. Dazu war erst notwendig, daß England sich gewissermaßen als zahlungsunfähig erklärte. Großbritannien, das seit dem September ver-

gangenen Jahres die Goldwährung aufgeben mußte, bietet für diese Unmöglichkeit ein ebenso krasses Beispiel wie Deutschland während der Inflationsjahre, als es nach Erschöpfung seiner Goldvorräte Reparationen zahlen mußte. Denn England brauchte im Herbst Devisen für Lebensmitteleinfuhr, muß den Riesenbetrag von 160 Millionen Pfund (etwa ½ Milliarde Dollar) für die Rückzahlung der Kriegsanleihe an ausländische Besitzer bereitstellen und soll jetzt 95 Millionen Dollar von seinen Kriegsschulden an die USA zurückzahlen.

Es ist daher verständlich, daß die ablehnende Haltung der amerikanischen Regierung in bezug auf ein Moratorium für die Kriegsschuldenzahlungen einen schweren Sturz des englischen Pfundes zur Folge hatte. Seit dem 17. Oktober ist das Pfund von 3,45 bis auf 3,14 Dollar oder, in Zloty ausgedrückt, von 30,74 bis auf 27,97 Zloty (Goldparität = 43,25 Zl.) gesunken. Es bedarf keiner näheren Begründung, daß dieser neue Verfall des Pfundes mit seinen ständigen Kursschwankungen neue Unruhe in die Weltwirtschaft bringt und geeignet ist, die ersten Keime einer internationalen Festigung wieder zu vernichten.

Die Ablehnung der Ersuchen um Zahlungsaufschub bedeutet noch nicht, daß die amerikanische Regierung überhaupt nicht mit ihren Schuldnern verhandeln will. Es ist anzunehmen, daß eine Art „verdünnten Moratoriums" gewährt werden wird. Man rechnet damit, die Vereinigten Staaten werden eine Regelung der Dezemberzahlung auf der Grundlage ausarbeiten, daß die Schuldnerstaaten die Zinsen zu zahlen haben, dagegen die Amortisationszahlung gestundet werden wird. Ob diese Regelung nur für England in Frage kommt, ist noch unbestimmt.

So lange aber der Gesamtkomplex der schwebenden Fragen, also Kriegsschulden, Abrüstung und die anderen drängenden Wirtschaftsprobleme, nicht eine endgültige, für die Weltwirtschaft günstige Lösung finden wird, so werden auch die Gefahren, die der ganzen Welt aus der gegenwärtigen Verwirrung drohen, weiter bestehen. E. Z.

Sinowiew gestorben?

Einer Nachricht aus Moskau gemäß soll dort der ehemalige Vorsitzende der kommunistischen Internationale Sinowiew im Alter von 49 Jahren angeblich einem Herzleiden erlegen sein. Die offiziellen Kreise dementieren diese Nachricht.

Sinowjew war einer der nächsten Mitarbeiter Lenins, mit dem er 1917 nach Rußland zurückkehrte. Er ist 1883 geboren und stand seit 1901 in der kommunistischen Bewegung. Er war Mitorganisator der Exekutivkommission der kommunistischen Internationale, deren Vorsitzender er bis zum Jahre 1921 war. Nachdem er 1926 in die Opposition getreten und aus dem Politbüro ausgeschlossen worden war, legte er den Vorsitz der Komintern nieder und trat zeitweilig politisch zurück. Nach dem Tode Lenins war Sinowiews Stern stark gesunken. Im September d. J. nahm ihm die Parteileitung auf Befehl Stalins seine letzten unbedeutenden Aemter ab und drohte ihm mit dem Ausschluß aus der Partei, nach einer anderen Nachricht soll er später sogar aus der Partei ausgeschlossen worden sein.

Entschädigung für französische Rußland-Anleihen.

Paris, 29. November. Die französischen Besitzer russischer Anleihen aus der Vorkriegszeit haben in einer Eingabe den französischen Ministerpräsidenten ersucht, ihre Ansprüche aus dem Besitz dieser Papiere im Zusammenhang mit den französisch-russischen Handelsvertragsverhandlungen zu wahren. Dabei weisen die französischen Interessenten in ihrer Eingabe darauf hin, daß die französische Regierung seinerzeit versprochen hat, die Interessen zu wahren, so weit sie berechtigt sind. Die französische Regierung soll daher Entschädigung für die Verluste französischer Bürger in Rußland fordern, bevor sie in handelspolitische Verhandlungen eintritt.

Amerika und der Lytton-Bericht.

Washington, 29. November. Hohe Beamte des Staatsdepartements haben erklärt, daß die amerikanische Regierung an der Genfer Aussprache über den Lytton-Bericht nicht teilnehmen werde, weil der Lytton-Ausschuß eine reine Völkerbundangelegenheit sei. Auch der amerikanische General Frank McCoy sei beurlaubt gewesen und habe nur als Privatmann dem Lytton-Ausschuß angehört. Die amerikanische Regierung werde möglicherweise an späteren Verhandlungen über Kellogg-Pakt, 9-Mächte-Vertrag oder vielleicht über einen einzusetzenden Schlichtungsausschuß teilnehmen.

Das Staatsdepartement hat bisher keine Einladung zur Teilnahme an den Genfer Verhandlungen erhalten.

Sozialistischer Sieg auch bei den belgischen Senatswahlen.

Brüssel, 29. November. Die vorläufigen Ergebnisse der belgischen Senatswahlen liegen wie folgt vor: Katholiken gewannen 2 Sitze, Sozialisten gewannen 2 Sitze, flämische Nationalisten verloren 2 Sitze, Liberale verloren 2 Sitze, Kommunisten —.

Der Senat hat die feststehende Mitgliederzahl von 153. Davon sind am Sonntag 93 Senatoren von dem Volk neu gewählt worden. Dazu werden noch 40 Senatoren von den Provinzialräten gewählt. Von diesen beiden Gruppen, also von 134, werden dann noch 20 Senatoren hinzugewählt.

3 Mann versuchen eine Reichsregierung zustande zu bringen.

Papen, Schleicher, Meißner.

Zwischenbericht beim Reichspräsidenten.

Berlin, 29. November. Die Bildung einer neuen Reichsregierung stößt weiterhin auf große Schwierigkeiten. Wie berichtet, hat Reichspräsident Hindenburg bereits seiner tiefen Verstimmung über die Verhandlungen bei der Regierungsbildung zum Ausdruck gebracht und sogar Rücktrittsabsichten geäußert. Man kann daraus entnehmen, wie ernst die Situation in der Reichspräsidentenkanzlei beurteilt wird.

Inzwischen sind seit Montag auf Grund der Beratungen beim Reichspräsidenten die Erkundungsgespräche aufgenommen worden, die gleichzeitig der frühere Reichskanzler von Papen, Reichswehrminister General von Schleicher und Staatssekretär Dr. Meißner führen.

Mit einer Regierungsbildung, oder auch nur mit einer Sondierung der parlamentarischen Möglichkeiten ist keiner von ihnen beauftragt, aber jeder einzelne versucht durch Fühlungnahme mit Persönlichkeiten aus den Parteien und aus den wirtschaftlichen Organisationen eine Klärung der Situation als Basis zu einer Entscheidung des Reichspräsidenten herbeizuführen.

Alle Anzeichen deuten auf ein Kabinett Schleicher hin. Voraussetzung für ein solches Kabinett ist jedoch, daß die Nationalsozialisten dafür gewonnen werden. Man erinnert sich, daß Adolf Hitler erklärte, er werde jedes Kabinett, an dessen Spitze nicht ein Nationalsozialist steht, bekämpfen. Seine Aeußerung zu General von Schleicher soll wörtlich gelautet haben:

„Es würde mir sehr leid tun, aber ich müßte auch Sie bekämpfen."

Ohne die Nationalsozialisten hätte ein Kabinett Schleicher im Reichstag keine Mehrheit. Es scheint jedoch, daß Schleicher in der Lage ist, der Hitlerpartei gewisse Vorteile in Aussicht zu stellen.

Anderseits wird behauptet, daß General Schleicher die Wünsche der Parteien zur gegenwärtigen Lage und ihre Stellungnahme zu einer Wiederkehr eines Kabinetts Papen sondiert. Es wird darauf hingewiesen, daß man die Autorität Schleichers, der als Kriegsminister bei eventuell im Winter eintretenden Ereignissen (!) eingreifen soll, nicht durch eine gleichzeitige Ausübung des Amtes eines Regierungschefs belasten will.

Ueber den bisherigen Verlauf ihrer Fühlungnahme mit den Parteien und sonstigen Organisationen haben Papen, Schleicher und Meißner am Dienstag nachmittag dem Reichspräsidenten Hindenburg Bericht erstattet. Da die Besprechungen mit den Nationalsozialisten noch nicht beendet sind, konnte diese Berichterstattung vor dem Reichspräsidenten nur eine Art Zwischenbericht sein.

Die endgültige Entscheidung wird erst fallen, wenn General Schleicher seine Unterredung mit Hitler gehabt haben wird. Es haben zwar gestern Besprechungen der Nationalsozialisten Frick und Strasser mit Schleicher stattgefunden, aber die Nationalsozialisten erklärten, eine entscheidende Stellung könne nur Hitler einnehmen, Schleicher müsse sich daher mit Hitler in Verbindung setzen. Eine Unterredung Schleichers mit Hitler soll Mittwoch morgens stattfinden.

Im „Völkischen Beobachter" wendet sich Alfred Rosenberg aber bereits gegen den Plan eines Kabinetts Schleicher: „Die NSDAP. werde ein Kabinett des Generals von Schleicher ebensowenig tolerieren wie das Kabinett von Papen".

Von nationalsozialistischer Seite wird mitgeteilt, daß eine Unterredung zwischen Minister v. Schleicher und Vertretern der Nationalsozialisten am Dienstag gar nicht stattgefunden habe, da die nationalsozialistischen Parteiführer die Einladung zu einer solchen Unterredung zurückgewiesen hatten.

Damit wäre auch die Hoffnung Schleichers, die Nationalsozialisten für sich zu gewinnen, endgültig gescheitert. Es wird nun damit gerechnet, daß Hindenburg zum zweiten Male Papen mit der Regierungsbildung betrauen werde.

Nazi-Terror an der Leipziger Universität.

Leipzig, 29. November. In der Universität kam es heute früh zu einer Demonstration nationalsozialistischer Studenten gegen Prof. Keßler, der am Montag in einer Leipziger Tageszeitung einen Leitartikel unter der Ueberschrift „Deutschland erwache!" veröffentlicht hat, in dem er sich gegen Hitler und den Nationalsoziliasmus wendet. Prof. Keßler konnte infolge der Demonstration seine Vorlesung nicht durchführen. Das Eingreifen des Rektors der Universität blieb erfolglos.

Moskau — Paris — Bukarest.

Unterzeichnung des französisch-russischen Nichtangriffspakt. Frankreich soll russisch-rumänischen Vertrag vermitteln.

Paris, 29. November. Der französisch-russische Nichtangriffs- und Schiedsgerichtsvertrag ist am Dienstag um 17 Uhr im Außenministerium vom Ministerpräsidenten Herriot und dem Sowjetbotschafter Dowgalewski unterzeichnet worden. Dabei überreichte Dowgalewski Herriot folgende schriftliche Erklärung: „Die Sowjetregierung nimmt die Güte der französischen Regierung in Anspruch und bittet, folgende Erklärung zur Kenntnis der rumänischen Regierung zu bringen: Die Sowjetregierung, die von dem Wunsche beseelt ist, ihre friedlichen Absichten gegenüber Rumänien zu beweisen, erklärt sich bereit, der rumänischen Regierung vom heutigen Tage ab 4 Monate Zeit zu lassen, um mit der Sowjetregierung ein Nichtangriffsabkommen in dem Sinne zu unterzeichnen, wie es zwischen Litwinow und Cadere (der rumänische Gesandte in Warschau. Die Rrd.) vereinbart worden war, einschließlich des von Cadere vorgeschlagenen Schlußprotokolls. Die Sowjetregierung, die wieder einmal ihre friedlichen Bestrebungen beweist, erklärt, daß sie ihrer Politik treu bleibt, die darin besteht, für die Lösung aller Streitfragen nicht zur Gewalt zu greifen, und die durch den Kellogg-Vertrag übernommenen Verpflichtungen zu wahren."

Nach der Unterzeichnung des russisch-französischen Abkommens richtete Herriot einige Worte an den russischen Botschafter, in denen er der besonderen Genugtuung der französischen Regierung über den Abschluß der Verhandlungen Ausdruck gab. Diese Genugtuung, so betonte Herriot, sei um so größer, als die Unterzeichnung des Nichtangriffs- und Schiedsgerichtsabkommens zu einem Zeitpunkte geschehen ist, an dem die polnische Regierung ihre Abkommen mit Rußland ratifiziere und die rumänische Regierung ihrer Befriedigung über das französisch-russische Abkommen Ausdruck gebe. Er hoffe, daß der neue Vertrag zur Festigung des Friedens beitragen werde. Im Namen des französischen Volkes begrüße er die Vertreter der Sowjetunion, mit denen Frankreich vertrauensvolle Beziehungen zu unterhalten wünsche. Der Wert des gegenwärtigen Vertrages liege in der Art, mit der er durchgeführt werde. Die russische Regierung dürfe an den Bemühungen Frankreichs, sie wirksam zu gestalten, nicht zweifeln. Der russische Botschafter gab seinerseits eine kurze Erklärung ab, in der er die Bedeutung des Vertrages im Interesse des Friedens und der guten Beziehungen zu Frankreich und Rumänien unterstreicht. Die Sowjetregierung messe diesem Vertrage große politische und moralische Bedeutung bei, denn er entspreche den friedlichen Bemühungen Sowjetrußlands. Sie werde alle Anstrengungen machen, um ihn wirksam und für beide Länder nutzbringend zu gestalten.

Zu dem bereits bekannten Wortlaut des russisch-französischen Nichtangriffspaktes ist zu ergänzen:

1. Daß der nach beiderseitiger Ratifizierung in Kraft tretende Vertrag unbefristete Laufzeit hat. Nach Ablauf von 2 Jahren seit dem Inkrafttreten des Vertrages kann er jedoch mit einer Frist von 1 Jahr gekündigt werden.

2. Daß laut Art. 3 des Vertrages seine Bestimmungen in keiner Weise Rechte und Pflichten beeinträchtigen können, die für jeden der vertragschließenden Parteien aus Verträgen herrühren, die sie vor Inkrafttreten des Nichtangriffsvertrages abgeschlossen haben.

Außerdem erklären beide Parteien, daß sie durch keinen Vertrag gebunden sind, der sie etwa verpflichten würde, sich an einem Angriff seitens einer dritten Macht zu beteiligen.

Im Zeichen der „Abrüstung".

Paris, 29. November. In Cherbourg wurde am Dienstag das französische Unterseeboot „Glorieux" vom Stapel gelassen. Das Schiff hat bei einer Wasserverdrängung von 14 000 Tonnen über Wasser und 9000 Tonnen unter Wasser, eine Länge von 92 Metern und eine Breite von 8,16 Metern, zwei Dieselmotoren von je 3500 PS. und zwei Elektromotoren von je 1000 PS. und erreicht eine Geschwindigkeit von 20 bezw. 10 Knoten. Die Bestückung besteht in einem 10 Zentimeter-Geschütz und 6 Torpedolanzierrohren. Die Besatzung besteht aus 54 Mann.

Der Völkerbundsappell

an Bolivien und Paraguay.

Genf, 29. November. In Beantwortung des am 25. November vom Völkerbundsrat an Bolivien und Paraguay gerichteten Appells, die Feindseligkeiten sofort einzustellen, hat die Regierung von Paraguay in einem Telegramm an den Ratspräsidenten die sofortige Beendigung der Feindseligkeiten im Chaco-Gebiet von der Bedingung abhängig gemacht, daß Garantien gegen neue bolivianische Angriffe gegeben werden. Die Regierung von Paraguay glaubt, daß der Völkerbund durch eine Untersuchung, die die Feststellung des am Konflikt schuldigen Landes und die Verhängung der im Völkerbundpakt vorgesehenen Sanktionen ermöglichen würde, einen entscheidenden Einfluß ausüben könnte.

„Verdünntes Moratorium"

für die englische Kriegsschuldenzahlung.

London, 29. November. Der englische Ministerpräsident Macdonald hatte am Montag abend längere Besprechungen mit seinen Ministerkollegen über die an Amerika abzusendende Note, in der England eine Begründung für die Stundung der am 15. Dezember fälligen Schuldenrate beibringen soll. Die Note dürfte spätestens am Donnerstag durch den englischen Botschafter in Washington übergeben werden. Kurz vor Mitternacht traf der englische Botschafter in Paris in London ein, um an den Besprechungen teilzunehmen.

Man rechnet damit, daß die Vereinigten Staaten sich mit einer Stundung der Amortisationssumme für das Kapital in Höhe von 30 Millionen Dollar einverstanden erklären, aber die Zahlung der eigentlichen Zinsen in Höhe von 65 Millionen Dollar verlangen werden. Montagu Norman, der Gouverneur der Bank von England, sei dafür, daß 10 Millionen Pfund in Gold und 3,5 Millionen Pfund in Dollar gezahlt würden.

Washington, 29. November. Der englische Washingtoner Botschafter Sir Ronald Lindsay hatte am Montag eine lange Unterredung mit Schatzamtssekretär Ogden Mills. Wie verlautet, werde eine Regelung der Dezemberzahlung auf der Grundlage ausgearbeitet, daß England die Zinsen bezahlt und daß das Schatzamt die Amortisationszahlung stundet.

In gewissen amerikanischen Kreisen rechnet man sogar damit, daß König Georg dem Beispiel des Reichspräsidenten v. Hindenburg vom Juni 1931 folgen und einen persönlichen Appell an Hoover richten werde, den dieser dann, wie seinerzeit den Appell des Reichspräsidenten, den Mitgliedern der Finanzausschüsse der beiden Häuser zur vertraulichen Kenntnis vorlegen könnte.

Es steht jedenfalls fest, daß man weder Frankreich noch der Tschechoslowakei oder Polen irgendwelche Konzessionen machen will; es steht aber auch fest, daß man England gegenüber keine große Geste zeigen dürfte, wenn man auch bereit ist, ihm in der Transferfrage nachzugeben, falls es sich dazu versteht, um Nachsicht zu bitten und seine Lage durch statistisches Material zu beweisen anstatt, wie es in der 1. Note tat, eine Revision unter Berufung auf einige recht vage klingende Gemeinplätze zu fordern.

Lettland hat eine weitere Stundung für den Zinsendienst beantragt. Es hatte bereits früher von der Klausel, die eine 9tägige Stundung für die Amortisationszahlung vorsieht, Gebrauch gemacht.

Die amerikanischen Botschaften in Paris und Rom haben dem Staatsdepartement mitgeteilt, sie rechneten bestimmt damit, daß Frankreich und Italien die Dezemberrate zahlen würden.

Die französische Kammer und die Schuldenfrage.

Paris, 29. November. Im französischen Abgeordnetenhaus entwickelte sich heute eine Kriegsschuldendebatte. Der Führer der Rechtsopposition Louis Marin wünschte, daß das Parlament vor einer Kriegsschuldenzahlung an die Vereinigten Staaten gehört werde. Eine von dem Redner vorgelegte Entschließung verlangt, **daß Zahlungen Frankreichs an Amerika nur im Rahmen der von Deutschland eingehenden Zahlungen vorgenommen werden dürften.** Erst nachdem dem Abgeordneten Marin zugesichert worden war, daß seine Entschließung vom Finanzausschuß der Kammer so schnell beraten würde, daß das Parlament in zwei Tagen dazu Stellung nehmen könnte, zog Marin seinen Antrag auf sofortige Beratung der Kriegsschuldenfrage zurück.

Der Schuldenzahlungen an Amerika stehen 90 v. H. der Kammer feindlich gegenüber. Die Verabschiedung der notwendige Kredite ist daher mit ernsten Gefahren für die Regierung verbunden.

Der Finanzausschuß hat bereits am Montag seinen Präsidenten Malvy beauftragt, den Ministerpräsidenten zu bitten, sich vor dem Ausschuß über die französisch-amerikanische Schuldenfrage zu äußern. Es ist nicht wahrscheinlich, daß Herriot dieser Bitte nachkommen und vor den vereinigten Finanz- und Auswärtigen Ausschuß sprechen wird.

Ministerpräsident Herriot erklärte am Dienstag in den Wandelgängen der Kammer, daß er weder vor dem Finanzausschuß noch vor dem Auswärtigen Ausschuß der Kammer irgendwelche Erklärungen über die französisch-amerikanische Schuldenfrage abgeben würde, solange die diesbezüglichen Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen nicht abgeschlossen seien. Er werde jedoch die Kammer nicht vor vollendete Tatsachen stellen. Im Finanzausschuß werde er sich darauf beschränken, den Entschließungsantrag des Abgeordneten Marin zu bekämpfen. Sollte dieser Antrag dennoch in der Kammer eingebracht werden und zur Abstimmung gelangen — was am Freitag der Fall sein würde — so würde er sich gezwungen fühlen, gegen die Annahme die Vertrauensfrage zu stellen.

In parlamentarischen Kreisen mißt man diesen Erklärungen Herriots große Bedeutung bei. Man ist allerdings der Auffassung, daß es ihm nicht gelingen wird, für die Zahlung der Schulden an Amerika eine Mehrheit in der Kammer zu finden und die von ihm beabsichtigte Stellung der Vertrauensfrage den Sturz der Regierung nach sich ziehen würde. Allerdings mißt man einer derartigen Haltung der Kammer mehr moralischen als praktischen Wert bei, da die notwendigen Kredite für die Schuldenzahlung auf dem Verordnungswege zur Verfügung gestellt werden könnten und im Fall einer Krise Herriot sicher wieder mit der Neubildung der Regierung beauftragt werden würde. Es wird sich also lediglich um eine Protestkundgebung gegen Amerika handeln. Unter diesen Umständen hält man es in Kreisen, die dem Ministerpräsidenten nahestehen, für möglich, daß Herriot seine Genfer Reise verschiebt.

Frankreich wartet auf England.

Paris, 29. November. Die französische Regierung hat ihre endgültige Haltung in der Schuldenfrage noch nicht festgelegt. Wenn man sich auch allgemein dahin einig ist, daß sie ihren am 15. Dezember fälligen Zahlungsverpflichtungen auf die eine oder andere Weise nachkommen wird, so scheint es doch noch nicht mit Sicherheit festzustehen, daß sie sich zur Absendung einer zweiten Note an Amerika entschließt. Die Regierung will anscheinend ihre Haltung von derjenigen Englands abhängig machen und erst den Wortlaut der zweiten englischen Note abwarten.

65 Milliarden Dollar

beträgt die Verschuldung der Großstaaten.

London, 29. November. Der amerikanische Senator Harrison, der Vorsitzende des Finanzausschusses des neuen amerikanischen Kongresses sein wird, nahm in einer Rundfunkrede zur Schuldenfrage Stellung. Der folgende Teil der Rede wurde von der demokratischen Partei auch in Form eines Rundschreibens herausgegeben: Bei einer völligen Schuldenstreichung sei zu berücksichtigen, daß die gesamten Schulden von Amerika, England, Frankreich, Deutschland und Italien sich auf etwa 65 Milliarden Dollar stellten. Wenn man hiervon die Vorkriegsschulden abziehe, so verbleiben etwa 57 Milliarden Schulden aus der Kriegs- und Nachkriegszeit, die sich wie folgt verteilten: Deutschlands Anteil daran betrage etwa 1 v. H., während für Frankreich 8 v. H., für Italien 2 v. H., für Amerika 39 v. H. und für England 50 v. H. verbleiben. Das Ergebnis sei im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage der einzelnen Länder phantastisch. Deutschland würde — weil fast schuldenfrei — einer der hauptsächlichsten Konkurrenten in der Welt sein und man müßte auch mit Frankreich und Italien rechnen. Die amerikanische Regierung habe die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die amerikanische Jugend nicht zum Sklaven auf der wirtschaftlichen Galeere gemacht werde.

Budget-Krise in Frankreich.

Herriot geht einer Entscheidung aus dem Wege.

Paris, 29. November. Die Vermutung, daß die französische Regierung vor der Beratung des neuen Haushalts zwei provisorische Zwölftel zur Verabschiedung bringen werde, ist nunmehr durch eine Erklärung des Innenministeriums bestätigt worden. Chautemps fügte dieser Erklärung hinzu, daß diese beiden Haushaltsabschnitte für Januar und Februar 1933 noch nicht die Sparmaßnahmen enthalten würden, die für den Gesamthaushalt vorgesehen seien. (Gehaltskürzung der Beamten, Steuererhöhungen usw.)

Die Regierung hat durch diese Maßnahme eine schwierige Krise aus dem Wege geräumt, da die Annahme der von ihr vorgeschlagenen Sparmaßnahmen nach wie vor mehr als fraglich ist und möglicherweise zum Sturz des Kabinetts Herriot führen kann. Für die kommenden drei Monate ist diese Gefahr also ausgeschaltet. Wenigstens dürfte der Haushaltsplan während dieser Zeit nicht den Anlaß zu einer Regierungskrise geben.

Persien kündigt England Oelkonzession.

Teheran, 29. November. Die persische Regierung hat die Oelkonzession an die englisch-persische Oelgesellschaft gekündigt. Diese Konzession war im Jahre 1901 für sechs Jahre erteilt worden. Die persische Regierung hat der Oelgesellschaft gleichzeitig mitgeteilt, daß sie bereit sei, eine Erneuerung der Konzession unter anderen Bedingungen zu erwägen. Die englisch-persische Oelgesellschaft, an welcher die englische Regierung mit fast 50 v. H. — von den insgesamt 13 420 000 Pfund betragenden Stammaktien der Gesellschaft 7 500 000 — beteiligt ist, hat die Kündigung mit der Begründung abgelehnt, daß der Vertrag eine Handhabe zu einem derartigen Vorgehen nicht gebe.

Wie verlautet, wird das englische Kabinett in dieser Frage eine Entscheidung treffen, sobald die englische Note an Amerika in der Kriegsschuldenfrage völlig fertiggestellt ist.

Um die Arbeitszeitkürzung.

Internationales Arbeitsamt hat Vorkonferenz einberufen.

Genf, 29. November. Das Internationale Arbeitsamt hat alle Staaten auf den 10. Januar 1933 zu einer Vorkonferenz über die Frage eingeladen, wie durch Herabsetzung der Arbeitszeit eine Milderung der Arbeitslosigkeit ermöglicht werden kann. Die Untersuchungen der Konferenz werden sich lediglich auf die Industrie, den Bergbau und auf die Arbeitszeit der Angestellten erstrecken. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sollen der nächsten internationalen Arbeitskonferenz und der Weltwirtschaftskonferenz zugeleitet werden.

Aus Welt und Leben.

Todessturz einer unbekannten Frau.

In der Petrikauer Straße 86 in Lodz sprang gestern eine Frau aus dem Flurfenster des 1. Stockwerkes in den Hof hinab. Sie erlitt dabei einen Schädelknochenbruch und sonstige schwere Verletzungen, was den sofortigen Tod verursachte. Die Selbstmörderin ist ungefähr 36 Jahre alt. Da sie keinerlei Papiere bei sich hatte, konnte ihr Name noch nicht festgestellt werden. (p)

Die Frage des Tunnelbaus unter dem Aermelkanal

zwischen England und Frankreich beschäftigte heute wieder einmal das englische Parlament. Auf eine Anfrage erklärte der Ministerpräsident, daß die englische Regierung nicht beabsichtige, diese Frage wieder aufzugreifen.

Ein Vulkan wieder in Tätigkeit.

Wie aus Bandong auf Java gemeldet wird, ist der Krakatau wieder in sehr starke Tätigkeit getreten. Innerhalb von 12 Stunden wurden 323 Ausbrüche beobachtet. Die Bewohner der Insel sind in Angst und bereit, jeden Augenblick zu fliehen. Einer der Ausbrüche am Montag erreichte eine Höhe von rund 800 Metern.

5000 Zentner Getreide verbrannt.

In der Nacht zum Dienstag brach in dem Mühlengebäude der Mühle Stuhm (Ostpreußen) der An- und Verkaufsgenossenschaft ein großes Feuer aus, dem 5000 Zentner Getreide zum Opfer fielen. Der Gesamtschaden dürfte sich auf 100 000 Mark belaufen, er ist durch Versicherung gedeckt.

Schiffsunglücke an der schwedischen Grenze.

Bei den starken Stürmen der letzten Tage haben sich an der schwedischen Küste mehrere Schiffsunfälle ereignet. Der deutsche Segler „Einheit", der sich auf dem Wege von Kalmar nach Dänemark befand, ist bei Degerhamm gestrandet. Einem schwedischen Rettungsboot gelang es, die aus 4 Mann bestehende Besatzung zu retten. Das Fahrzeug ist wahrscheinlich verloren. — Bei Falsterbo ist der schwedische Motorschoner „Dick" aus Goteburg gekentert. Die Besatzung konnte im Rettungsboot die Küste erreichen.

Panama-Kanal gesperrt.

Wie aus Balboa gemeldet wird, ist der Panama-Kanal infolge der Ueberschwemmung durch den Chagres-Fluß gesperrt. Die Arbeiten an dem neuen Madden-Damm sind unterbrochen.

Tuberkulose-Forscher Much gestorben.

Professor Hans Much, der bekannte Leiter des Hamburger Tuberkulose-Forschungsinstituts ist Montag abend im 53. Lebensjahr plötzlich am Herzschlag gestorben. Prof. Much war ein Mediziner von hervorragendem internationalen Ruf. Er hat zahlreiche Bücher medizinischen und auch religiös-philosophischen Inhalts sowie Erzählungen und kunstgeschichtliche Abhandlungen geschrieben.

Piccard will zwei Amerikaner in die Stratosphäre schicken.

Professor August Piccard, der den Rekord im Fluge in die Stratosphäre erreichte, wird im Januar 1933 nach den Vereinigten Staaten reisen, um zwei amerikanische Forscher, deren Namen bisher geheim bleiben, in alle Fragen, die den Stratosphärenflug mit dem Ballon betreffen, einzuweihen und mit ihnen die entsprechenden Vorbereitungen zu einem neuen Ballonaufflug zu treffen. Professor Piccard selbst wird an dem Fluge nicht teilnehmen, da er, wie er erklärte, die schreckliche Kälte, die in der Stratosphäre herrsche, nicht ertragen könne. Der neue Versuchsballon in die Stratosphäre wird im Jahre 1934 im Gebiete der Hudsonbay vorgeführt werden.

Eisenbahnfährdienst über den Kanal.

Den Blättern zufolge hat die Southern Railway beschlossen, einen Eisenbahnfährdienst zwischen Dover und einem französischen Hafen, wahrscheinlich Dünkirchen, einzurichten. Mit der Fähre sollen hauptsächlich Güterzüge befördert werden, um das zeitraubende und kostspielige zweimalige Umladen von Waren zu vermeiden. Die Fährboote, von denen drei gebaut werden sollen, werden aber auch imstande sein, Fahrgäste zu befördern. Der neue Dienst solle im Sommer 1934 beginnen.

Rache mit Rührei.

Eine eigenartige Rache nahmen dieser Tage einige Spitzbuben in Berlin. Sie hatten sich längere Zeit vor einem Lebensmittelgeschäft im Süden der Stadt in verdächtiger Weise zu schaffen gemacht, so daß der Besitzer sie zum Weitergehen aufforderte. Statt jeder Antwort schlugen die Burschen auf ihn ein. In ihrer Wut, von ihrem Diebstahl Abstand nehmen zu müssen, zerstörten sie durch Fußtritte die gesamten zum Verkauf bereitstehenden Eiervorräte im Werte von 100 Mark. Es gelang ihnen, nach der Zubereitung dieses „Riesenrühreis" zu entkommen.

Börsennotierungen.

Geld.

Berlin	211.—	Paris	34.9
Danzig	173.—	Prag	26.
London	28.—	Schweiz	171.—
Neuyork	8.92	Wien	107.—
		Italien	45.5

Ein Affentheater auf Schallplatten.

Mit unsäglicher Mühe hat es der Dresseur Jack Morgan aus Winnipeg fertiggebracht, ein „Affentheater" spielen zu lassen. Er hat eine Schar von 20 Rhesus-Aefflein, die äußerst gutmütig sind, dazu abgerichtet, in Kleidern aufzutreten und einige Szenen herunterzuspielen. Da die Tiere nicht sprechen können, ist Rede und Gegenrede auf Schallplatten aufgenommen, die bei der Aufführung abgespielt werden. Besonderer Beliebtheit beim Publikum erfreut sich die „Diva", eine Aeffin von außerordentlich wirksamer Mimik und Darstellungskunst. Die begeisterten Zuschauer überlegen sich aber anscheinend nicht, was für Tierquälerei sich da vor ihren Augen ab„spielt".

Fürstlicher Bäckerlehrling und Schatzgräber.

Eine abenteuerliche Vorgeschichte liegt dem Wiederaufnahmegesuch zugrunde, das der Prager Anwalt Dr. Polansky für den russischen Emigranten und gewesenen baschkirischen Fürsten Iwan Nagmatulin aus Dawlikanow im Gouvernement Ufa eingebracht hat. In dem Wiederaufnahmegesuch wird ausgeführt, daß die tschechischen Legionen in Rußland bei ihrem Kampf gegen die Rote Armee auch zahlreiche halbwüchsige Burschen aus russischen Familien in ihre Reihe aufnahmen. So kam der damals fünfzehnjährige Fürst Iwan Nagmatulin zum ersten Legionärregiment. Im Jahre 1920 kam er mit Legionären nach Prag. Seine Familie war inzwischen in den Wirren der russischen Revolution zugrunde gegangen. Später reiste der junge Fürst mit tschechoslowakischen Dokumenten in seine Heimat zurück, grub dort den Familienschatz aus und brachte ihn nach mannigfachen Abenteuern schließlich nach Prag. Es waren im ganzen neunzehn Kilogramm Juwelen, Gold und Platin, Geschenke der Zaren Iwan des Grausamen, Peter des Großen und Alexander II. an die baschkirische Fürstenfamilie Nagmatulin.

In Prag übergab der junge Nagmatulin den Schatz einem Bäckermeister, bei dem er in der Lehre war, zum Aufheben. Er erhielt von ihm darüber eine Bestätigung. Im weiteren Verlauf erstattete Nagmatulin die Anzeige gegen seinen Lehrherrn, daß er ihm gewaltsam die Bestätigung wieder abgenommen habe. Der Bäckermeister wurde angeklagt, jedoch mangels an Beweisen freigesprochen.

Das Wiederaufnahmegesuch stützt sich nun auf einige inzwischen gefundene Bestätigungen von der Hand des Bäckers sowie auf die Aussage von Zeugen, die gesehen haben wollen, wie der Meister mit vorgehaltenem Revolver seinem Lehrling die Bestätigungen abgepreßt hat.

Radio-Stimme.

Mittwoch, den 30. November.

Polen.

Lodz (233,8 M.).
12.10 Schallplatten, 13.20 Wetterbericht, 15.15 Wirtschaftsbericht, 16 und 17 Schallplatten, 18 Tanzmusik, 19 Verschiedenes, 19.45 Literarisches Feuilleton, Nachrichten aus aller Welt, 20 Ungarische Musik, 20.55 Sportbericht, 21 Nachrichten aus aller Welt, 21.05 Kammermusik, 22.10 „Am Horizont", 22.25 Tanzmusik, 22.55 Wetter- und Polizeibericht, 23 Tanzmusik.

Ausland.

Berlin (716 kHz, 418 M.)
11.30 Konzert, 14 Aus Operetten, 15.35 Heitere Koloraturgesänge, 15.55 Humoresken, 16.30 Konzert, 18.30 Unterhaltungsmusik, 19.40 Tanzmusik, 20.30 Lustspiel: Meiseken, 22.15 Konzert.

Königswusterhausen (938,5 kHz, 1635 M.).
12 Schallplatten, 14 Konzert, 14.45 Frauenstunde, 16.30 Konzert, 20 Bunter Abend, 22.30 Blaskonzert.

Langenberg (635 kHz, 472,4 M.).
12 Unterhaltungskonzert, 13 Konzert, 15.50 Kinderstunde, 17.15 Konzert, 20 Meister ihres Faches, 20.35 Hymnen an die Kirche.

Wien (581 kHz, 517 M.).
11.30 Konzert, 13.10 Schallplatten, 15.20 Kinderstunde, 15.45 Finnische Musik, 17 Konzert, 15.05 Oratorium: Die heilige Elisabeth.

Prag (617 kHz, 487 M.).
18.25 Deutsche Sendung, 20.05 Philharmonie, 22.15 Jazzmusik.

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens.

Der neue Vorstand der Ortsgruppe Lodz-Ost.

Auf der am vergangenen Sonnabend in der Ortsgruppe Lodz-Ost stattgefundenen Generalversammlung wurde der neue Vorstand in folgendem Bestande gewählt: 1. Vorsitzender: Damitz Otto; 2. Vorsitzender: Wegner Martin; 1. Schriftführer: Traut Hugo; 2. Schriftführer: Striedinger Eduard; 1. Kassierer: Seibke Edmund; 2. Kassierer: Saß Alfred; 1. Obmann der Vertrauensmänner: Pino Gottlieb; 2. Obmann: Patzer Leopold; Bibliothekar: Hosenfelder Paul; Lokalwirt: Krüger Armin; Revisionskommission: Zajonczkowski Franz, Sadowski Natanael, Schajer Friedrich.

Verlagsgesellschaft „Volkspresse" m.b.H. — Verantwortlich für den Verlag: Otto Abel. — Verantwortlicher Schriftleiter: Dipl.-Ing. Emil Zerbe. — Druck: «Prasa» Lodz, Petrikauer Straße 101

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres innigstgeliebten

Oswald Hugo Gier

sprechen wir allen denen, die unserem lieben Toten das letzte Geleit zur ewigen Ruhestätte gegeben haben, unseren innigsten Dank aus. Insbesondere danken wir Herrn Pastor Zander für die trostreichen und zu Herzen gehenden Worte im Trauerhause und am Grabe, Herrn Bürgermeister Dulka, dem Vertreter des Bezirksvorstandes der D.S.A.P., Genossen Redakteur Emil Zerbe, für die dem Dahingeschiedenen am offenen Grabe gewidmeten Abschiedsworte, dem Magistrat, den Stadtverordneten, dem Gesangchor der D.S.A.P. mit seinem Dirigenten Effenberg, dem Posaunenchor, der Lehrerschaft, den Schulkindern, den vielen Kranz- und Blumenspendern sowie allen Verwandten und Bekannten. Vergelt's Gott.

Die tieftrauernde Gattin und Kinder.

Deutscher Kultur- und Bildungsverein

„Fortschritt"

Nawrot-Straße Nr. 23.

Frauensektion.

Die Mitglieder der Frauensektion werden heute zum Vereinsabend mit Kaffee und Kuchen gratis bewirtet. Da auch die bevorstehende Weihnachtsbescherung näher besprochen werden soll, ist die Anwesenheit aller Mitglieder erwünscht.

Theater- u. Kinoprogramm.

Städtisches Theater: Heute 8.30 Uhr „Jim und Jill"
Kammer-Theater: Heute 9 Uhr „Wie zwei Tropfen Wasser"
Teatr Popularny: „Das Mädchen aus China"
Jar: Revue: Hip, hip, hurra!
Casino: Blonde Venus
Capitol: Der Kinonarr
Corso: Die Liebe des Banditen — Laurel und Hardy
Grand-Kino: Liebeskommando
Luna: Berge in Flammen
Metro u. Adria: Cohn u. Kelly in Hollywood
Oświatowe: Dreifache Hochzeit — Geheimnisvolle Schlucht
Palace: Gute Nacht, Wien
Przedwiośnie: Legion der Straße
Splendid: Lied der Nacht

Tagesneuigkeiten.

Die Lage bei „Scheibler und Grohman“.

Prüfung der Bücher und Lager. — Die Fabrikbesitzer liegen sich in den Haaren. — Kündigung des Büropersonals?

Bisher ist der Termin für die Wiederaufnahme des Betriebes bei Scheibler und Grohman noch nicht festgesetzt worden. Außer dem Büropersonal sind die Saalmeister, eine geringe Zahl Schlosser, die Portiers, die Wächter und die Fuerwehr tätig. Die Gerüchte, daß der Vertreter der Familie Grohman, Heinrich Grohman, ein Unternehmen auf eigene Faust in Betrieb setzen will, haben sich bisher nicht bestätigt. In informierten Kreisen wird erklärt, daß die Frage der **Trennung der Grohmanschen Fabrik von den Scheiblerschen Werken sehr ernst in Erwägung gezogen** worden sei, doch würde eine solche Trennung eine überaus schwierige Verrechnung zwischen beiden Familien bedingen. Außerdem ist das Gerücht aufgetaucht, daß die Familie Grohman größere Kapitalien in ein Unternehmen am Rhein investiert hat.

In der letzten Zeit hat Herr Karl Scheibler eine eingehende Prüfung der Bücher und der Fabrikeinrichtungen vorgenommen. Diese Inspektion soll sehr merkwürdige Ergebnisse gezeitigt haben. Und zwar sollen einige wertvolle Maschinen und Einrichtungen aus den Abteilungen von Scheibler nach den Grohmanschen Werken übertragen worden sein. Diese Uebertragung ist zwar durch die gemeinsame technische Leitung begründet, doch soll sie ohne Einverständnis der Familie Scheibler vorgenommen worden sein. Auf dieser Grundlage sollen Mißverständnisse zwischen den Besitzern beider Fabriken entstanden sein.

Die Lage der entlassenen Arbeiter ist sehr schwer. Diejenigen, die Anspruch auf die gesetzlichen Unterstützungen haben, sollen am 10. Dezember die Berechtigungsbescheinigungen und nach 8 Tagen die Unterstützungen erhalten. Die ersten Auszahlungen würden also erst in der Feiertagswoche erfolgen. Die letzten Auszahlungen der rückständigen Löhne sind in der Firma am 22. und 23. November vorgenommen worden.

Wie verlautet, soll heute allen Kopfarbeitern im Hauptbüro, in den Fabrikbüros und den Lagern gekündigt werden. Es wird auch davon gesprochen, daß die Gehälter um 15 Prozent herabgesetzt werden sollen. (p)

Der Minister entscheidet gegen die Arbeitslosen.

Seinerzeit wandte sich der Bezirksausschuß des Arbeitslosenfonds auf Antrag des Verbandssekretärs Walczak an den Arbeitsminister, er möchte von dem ihm zustehenden Rechte Gebrauch machen und die Unterstützung derjenigen Arbeiter verfügen, die 52 Tage im Laufe von 26 Wochen arbeiteten. Dieser Antrag wurde mit einem Gutachten des Hauptamtes des Arbeitslosenfonds an den Minister übersandt. Vorgestern erhielt der Bezirksausschuß des Arbeitslosenfonds die Antwort, daß der Minister von seinem Recht keinen Gebrauch zu machen gedenkt, so daß diese Arbeitslosen keine Unterstützung erhalten. Der Minister wandte sich aber an das Hauptkomitee um Unterstützung für diese Arbeitslosen aus den Mitteln des Hilfskomitees. (b)

Wichtig für Handwerker.

Die Handwerkerkammer in Lodz gibt bekannt, daß beginnend vom 15. Dezember die Handwerkskarten nicht mehr auf Grund der Bescheinigung des Gemeindeamtes, daß der Betreffende 5 Jahre hindurch bei einem selbständig arbeitenden Handwerker gearbeitet habe, herausgegeben werden. Als Beweis der beruflichen Fähigkeit zur selbständigen Ausübung eines Handwerks werden ab 15. Dezember 1932 gelten: 1. die Berechtigung zur Führung des Meistertitels, 2. der Gesellenschein mit der Bescheinigung einer dreijährigen Gesellenpraxis, 3. eine Bescheinigung über die bestandene Prüfung vor der Prüfungskommission für Meister in der Armee oder 4. eine Bescheinigung des Gemeindeamtes, daß der Betreffende bereits vor dem 15. Dezember 1932 selbständiger Gewerbetreibender gewesen ist. Diese neue Vorschrift betrifft auch solche Handwerker, die aus verschiedenen Gründen ihre Werkstätten nicht legalisiert haben und deren einziges Zeugnis die Bescheinigung über eine 5jährige Tätigkeit ist.

Preissteigerung auf den Märkten.

Auf den Lodzer Märkten war gestern im Verhältnis zu den vorangegangenen Markttagen eine Preissteigerung zu beobachten. Vor allem ist die Butter erheblich im Preise gestiegen, auch Geflügel und Erdprodukte sind teurer geworden. (p)

Der 29. November in Lodz.

Im Zusammenhang mit dem Jahrestag des Novemberaufstandes fand vorgestern abend auf den Straßen ein Zapfenstreich statt. Gestern waren alle Häuser mit Fahnen geschmückt. Am Vormittag fand in der Kathedrale ein Gottesdienst statt. Am Abend erfolgte in der Philharmonie eine Akademie, die von der Fähnrichschule veranstaltet wurde. (p)

Der heutige Nachtdienst in den Apotheken.

K. Leinwebers Erben, Plac Wolnosci 2; J. Hartmanns Erben, Mlynarska 1; W. Danielecki, Piotrkowska 127; A. Perelmann, Cegielniana 64; J. Zimmer, Wolczanska 37; F. Wojcickis Erben, Napiorkowskiego 27

Die Budgetsitzung des Lodzer Magistrats

Vizepräsident Wielinski kann im Falle einer Rückkehr kein Gehalt mehr beziehen.

Unter dem Vorsitz des Stadtpräsidenten Ziemiencki fand gestern eine Magistratssitzung statt, in der das Budget für das Geschäftsjahr 1933/34 durchberaten wurde. In dieser Sitzung wurden die einzelnen Budgetvoranschläge der Präsidial-, der städtischen und Steuerabteilungen durchberaten. Irgendwelche Aenderungen dürften an diesem festgesetzten Budget nicht mehr vorgenommen werden, da auf Grund einer Verfügung des Innenministers bereits weitgehendste Kürzungen an demselben vorgenommen wurden. In den Ausgaben der Präsidialabteilung hat der Magistrat beschlossen, die Ausgaben für das Jahr 1933/34 insofern zu kürzen, daß das Budget um das Gehalt eines Vizepräsidenten geringer veranschlagt wurde. Daraus geht hervor, daß **der Magistrat der Stadt Lodz mit einer Rückkehr des vor einiger Zeit ausgeschiedenen Vizestadtpräsidenten Weißberg-Wielinski nicht mehr rechnet.** Diese Tatsache beweist, daß der frühere Vizestadtpräsident bei einer eventuellen Wiederkehr auf seinen Posten wohl an den Sitzungen des Magistrats teilnehmen könnte, dafür jedoch nur gewisse Diäten aber kein Gehalt aus der Magistratskasse beziehen könnte. Besonders muß vermerkt werden, daß ein derartiger Fall schon im Jahre 1926 vorhanden war, als der damalige Stadtrat dem früheren Schöffen Kazmierczak das Gehalt entzog und lediglich Diäten von 20 Zloty pro Sitzung zahlte. (a)

Neue Wechselblanketts.

Die soeben veröffentlichten Ausführungsbestimmungen zum Stempelgesetz sehen vor, daß die derzeitigen Wechselblanketts nur noch bis zum 31. März 1933 im Verkehr bleiben. In der Zwischenzeit werden neue Formulare ausgegeben, die zur Erschwerung von Fälschungen mit Wasserzeichen versehen sein werden. Zwei Arten dieser Wechselblanketts gelangen zur Ausgabe, nämlich ein Formular mit fertigem Wechselschema und ein weiteres ohne dieses.

Beschränkungen für die Annahme von Buchdruckerlehrlingen.

Durch die in den letzten Jahren von den Druckereibesitzern geübte schrankenlose Anlernung von Lehrlingen für das Buchdruckerfach (Schriftsetzer, Drucker und Lithographen) ist eine ungeheure Ueberzahl von Buchdruckern aller Fachzweige herangebildet worden. Viele Druckereibesitzer beschäftigen in der Mehrzahl oder überhaupt nur Lehrlinge und vermehren dadurch einerseits das Heer der Buchdrucker, anderseits die Arbeitslosigkeit in diesem Gewerbe, da die Lehrlinge die Arbeit der gelernten Facharbeiter verrichten.

Gegen diese haltlosen Zustände hat der Buchdruckerverband die ganze Zeit hindurch angekämpft, welche Aktion schließlich auch ein positives Ergebnis zu verzeichnen hatte. Vor einiger Zeit erschien eine Verordnung des Lodzer Wojewoden, die die Zahl der Buchdruckerlehrlinge normiert. Danach darf auf 2 bis 5 Setzer höchstens 1 Lehrling entfallen, auf 6 bis 8 Setzer — 2, auf 9 bis 11 Setzer — 3 Lehrlinge usw. In den anderen Zweigen des Buchdruckerfaches ist das Verhältnis ein ähnliches. Diese Verordnung ist am 15. November im „Lodzki Dziennik Wojewodzki“ Nr. 22 veröffentlicht worden und in Kraft getreten. Im Zusammenhang damit fordert das Arbeitsinspektorat die Druckereibesitzer auf, die Lehrlingsfrage im Sinne dieser Verordnung zu regeln, da später Kontrollen in den Druckereien durchgeführt werden.

Die Lehrlingsfrage ist gewiß auch in verschiedenen anderen Berufen eine brennende. Es wäre daher erforderlich, daß in allen Berufen eine Normierung der Zahl der Lehrlinge auf gesetzlichem Wege erfolgen würde.

Morgen Beginn der „Antituberkulosetage“.

In der letzten Präsidiumssitzung des Wojewodschaftskomitees für die „Antituberkulosetage“ wurde der Plan dieser Aktion endgültig aufgestellt. U. a. sind auch Radiovorträge über die Tuberkulose vorgesehen. Um das Interesse für diese Vorträge zu heben, sind für die beste schriftliche Zusammenfassung der Vorträge Preise ausgesetzt worden.

Sich selbst angeschossen.

Als die in Radogoszcz in der Jagiellonska-Straße wohnhafte Janina Wisniewska gestern die Wohnung aufräumte, nahm sie auch ein Flobertgewehr von der Wand, um es abzustauben. Als sie die Waffe an der Laufmündung hielt, ging ein Schuß los und die Kugel durchschlug der Frau den Handteller. Nachbarn riefen die Rettungsbereitschaft herbei, die der Verunglückten Hilfe erwies. (p)

Unfälle bei der Arbeit.

In den Reparaturwerkstätten der Straßenbahn in der Tramwajowa 6 geriet der 37jährige Arbeiter **Jozef** Walczak (Wawelska 3) zwischen zwei Wagen. Er trug erhebliche Quetschungen an der Brust davon. Die Rettungsbereitschaft erwies ihm Hilfe und brachte ihn nach Hause. — In der Fabrik von Hoffrichter (Kontna 15) flog dem Arbeiter Zenon Fokczynski (Wolczanska 239) ein Schützen an den Kopf. Der Verunglückte wurde in das Bezirkskrankenhaus geschafft. — Der dritte Unfall trug sich in der Baufirma Paul Holz (6-go Sierpnia 88) zu. Dort wurde der Zimmermann Piotr Galonzka (Profesorska 1) von einem herabfallenden Balken am Bauch verletzt. Auch er wurde von der Rettungsbereitschaft in das Bezirkskrankenhaus geschafft. (p)

Der Hunger.

In der Sadowa 12 brach gestern der 55jährige Waclaw Drobinski, der obdach- und arbeitslos ist, vor Hunger und Erschöpfung zusammen. Die Rettungsbereitschaft erwies ihm Hilfe und überführte ihn nach der städtischen Krankenstelle. (p)

Vor dem Hause Kamienna 2 brach die 61jährige be-



Familienroman von Johannes Luther.

[69

Er rieb sich die Augen, aber nicht, um die Müdigkeit zu scheuchen, sondern in verlegener Scham, weil er geschlafen, während die andere gewacht hatte, und erwiderte:

„Nein, ich bleibe auf, damit ich, wenn es schlimmer werden sollte, sofort zur Stelle bin.“

Morgens beim ersten Frühstück fand Bruno auf dem Tisch einen Zettel. Der Altknecht hatte darauf mit ungelenken Zügen geschrieben:

„An Herrn Bruno Jürgens!

Ich bin nur noch bis zum 15. dieses Monats in Ihren Diensten. Dann gehe ich fort. Machen Sie meine Papiere fertig.

Peter Olbers.“

Der junge Gutsherr las das ohne Interesse und dachte: Peter muß früh hier gewesen sein, und gehört habe ich ihn auch nicht.

Dann löste er Hanna ab.

* * *

Hanna Lessen hatte acht schwere, entsagungsvolle Tage und Nächte am Lager des alten Jürgens verbracht, acht schwere Tage und Nächte; denn trotz allen eifrigen Zuredens, auch von Kathrinens Seite her, hatte sie sich nur morgens für wenige Stunden Erholung und Ruhe gegönnt. Und nun kam die neunte Nacht: die Krisis.

Bruno ließ sich jetzt nicht aus dem Zimmer bannen. Er saß am Fußende des Bettes und betrachtete abwechselnd den Vater, dessen Fieber immer höher stieg und der immer heftiger in seinen Phantasien tobte, und Hanna, die stets wieder die Eisbeutel erneuerte und den Leidenden auf jede nur erdenkliche Weise zu beruhigen und ihm Linderung zu geben versuchte.

Jetzt meinte sie besorgt: „Wenn nur das Herz nicht versagt. Wenn es nur durchhält.“

„Ja, wenn es nur durchhält“, wünschte auch Bruno. Aber er dachte dabei auch an sein Herz, aus dem aller Groll gegen das blonde Mädchen gewichen war und in dem die hellste Liebe loderte. — Wenn das Herz nur durchhält! Wenn es nur seine Gefühle zu halten vermag, und sie nicht plötzlich ausströmte. — Es riß ihn förmlich zu Hanna hin, deren Opfermut und Selbstlosigkeit ihm die tiefste Bewunderung und Verehrung, heißen Dank und inniges Verlangen nach vergeltender Liebe abnötigte.

Der Kranke sprach wieder laut und verworren von seiner verstorbenen Gattin und von seinem Sohne, und jetzt, Hanna flüchtete erschreckt in den dunkelsten Winkel, während Bruno dem Phantasierenden am liebsten Einhalt geboten hätte, sprach er mit seiner Pflegerin, ganz ruhig, väterlich und überzeugenwollend:

„Sieh, Hanna, er liebt dich wieder. Er hat dich sicher immer geliebt. Das andere war nur ein Irrtum, der drangvollste, am meisten strebende Mann irrt ja am häufigsten. So auch Bruno.“

Und nach einer Weile wieder:

„Du findest keinen Besseren. Er ist der beste, liebste Sohn. — Du wirst glücklich. — Sei nicht hart, denn keiner kann für seines Herzens Zug.

Hanna vernahm entsetzt die Worte, mit denen sie selbst den Geliebten verteidigt hatte; da wandte er ihr seine fiebrigen, flackernden Augen zu, hob die Hand und rief:

„Lieb' ihn!“

Ein Befehl war es, ein scharfer, in dem eine schreiende Bitte lag.

Der Alte sank müde und erschöpft in die Kissen zurück. Ganz still, lastend still war es im Zimmer, als ob der Kranke jetzt, nachdem er bei Hanna für seinen Sohn gebeten, nichts mehr zu sagen hätte, als ob er nun erlöst sei. Ganz ruhig lag er da. Hanna und Bruno sahen es nicht. Sie hielt dem Manne am Fußende des Bettes den Rücken zugekehrt und weinte leise und erschüttert in ihr Taschentuch, das sie vor das Gesicht hielt, und Bruno stützte seinen Kopf schwer auf die Lehne der Lagerstatt, aufgerüttelt bis ins tiefste Innere, beschämt ob des Vaters Bitten und doch wartend, ob sie, Hanna, nun nicht zu ihm käme, des Alten Wunsch und Flehen zu erfüllen. — Sie kam nicht.

Mitternacht war längst vorüber. Das weit durch die Nacht widerhallende Schlagen der Turmuhr kündete Bruno, daß es bald 1 Uhr war. Da hob er das Haupt. Seltsam, daß der Vater gar nicht mehr redete! Und wie still seine Hände sich in die Bettdecke schmiegten! Ein furchtbarer Schrecken erfaßte den Sohn. Hat der Tod nun doch sein Opfer geholt? In der neunten Nacht noch? Nur das nicht! Himmel, nein, es durfte nicht sein!

Hastig fuhr Bruno von seinem Sitz empor, tat zwei Schritte nach vorn und neigte sich über den Vater. Da vernahm er seine zwar noch etwas röchelnden, aber bedeutend ruhigeren Atemzüge, sah, daß das überheiße Rot aus seinem Antlitz gewichen war.

„Gerettet. Die Krise ist vorüber.“

(Fortsetzung folgt.)

schäftigungs- und obdachlose Esther Lieberman vor Entbehrung zusammen. Ein Arzt der Bereitschaft brachte ihr die erste Hilfe und ließ sie der städtischen Krankensammelstelle zuführen. (a)

Die Flucht aus dem Leben.

Am Wodny Rynek 2 trank gestern die 19jährige Viktoria Gowarska in selbstmörderischer Absicht eine giftige Flüssigkeit. Die Rettungsbereitschaft erwies ihr Hilfe und überführte sie in das Radogoszczer Krankenhaus. Das Mädchen war nach dem Tode des Vaters aus Warschau nach Lodz gekommen, wo sie bei einer Tante zu Besuch weilte. Als die Tante in der letzten Zeit in sie drang, zur Mutter zurückzukehren, nahm sie Gift. (p)

Auch die Presse lobt

„Das Schwalbennest".

Mit großer Spannung wurde die Premiere des genannten Singspiels erwartet. Sowohl vom Publikum als auch von der Theaterleitung selbst. Jenes war voll Erwartung darüber, was diese Neueinstudierung bringen wird, jene, um sich an Hand der Pressemeinungen und öffentlichen Meinung orientieren zu können, welchen Anklang es gefunden, wie die Aussichten für die Zukunft sind. Darum schauen wir uns mal die Meinungen der drei deutschen Zeitungen über „Das Schwalbennest" auszugsweise an:

„Lodzer Volkszeitung": Die Aufführung des „Schwalbennestes" wurde mit viel Mühe und Sorgfalt vorbereitet . . . Wenn die Aufführung erfolgreich wurde, so nur durch die unermüdliche Arbeit, die diesmal gewaltig gewesen ist . . . Glücklicherweise haben es die Darsteller verstanden, durch einen frischen Humor die Wirkung glänzend zu bessern . . . Die Aufführung war ein vergnügter Abend . . . Das Publikum ließ sich manche Schlager zweimal vorsingen — so stürmisch war der Beifall.

„Freie Presse": Der Inhalt das Stückes, dessen Handlung in der Biedermeierzeit verwurzelt ist, ist ganz dazu angetan, heitere Zerstreuung suchenden Theaterbesuchern einige Stunden unverfälschten Frohsinns zu bereiten . . . Derber Humor, urkomische Situationen, Sentimentalität und echtes Wiener Gefühl sorgen für Abwechselung und lassen keine Ermüdung aufkommen . . . Gespielt wurde ziemlich flott, ein Beweis, daß die Spielleitung in guten Händen lag . . .

„Neue Lodzer Zeitung": . . . Die vielen reizenden Weisen von echt wienerischem Schwung, die humoristischen Momente, die hübschen Bühnenbilder und die dem Geiste des Stückes angepaßten Kostüme — man muß wirklich schon unbescheiden sein, wenn man noch mehr verlangt . . .

Sagen diese Urteile nicht genug? Es muß schon etwas Gutes daran sein, muß schon stimmen mit dem „vergnügten Abend", dem „stürmischem Beifall" und dem „enthusiasmierten Publikum". Und weil dem so ist, weil auch das zweite Stück der Wintersaison solche Anerkennung gefunden hat, kann man immer wieder nur in empfehlendem Sinne auf die erste Wiederholung des „Schwalbennestes" am kommenden Sonntag aufmerksam machen. Der Kartenvorverkauf findet schon von heute bei G. E. Restel, Petrikauer Straße 84, statt.

Die Autotaxe auf dem Bürgersteig.

Zwei Personen überfahren.

Die Autotaxe LD 83 732 fuhr gestern in der Andrzeja 28 auf den Bürgersteig und überfuhr die Al. Kosciuszki 27 wohnhafte 27 Jahre alte Amalie Tischel und den in Kozimy wohnhaften 25 Jahre alten Bronislaw Kaminski. Kaminski trug schwere, die Tischel leichtere Verletzungen davon. Beiden erwies die Rettungsbereitschaft Hilfe und überführte Kaminski nach dem Krankenhaus. Obgleich sofort ein Polizist zur Stelle war, konnte der Chauffeur das Weite suchen.

Aus dem Gerichtssaal.

Wegen einer Friedensrede auf der Anklagebank.

Dr. Loos freigesprochen.

Am 17. Mai d. Js. hielt Dr. Josef Loos im Lodzer Stadtratsaale einen Vortrag über „Krieg, Frieden, Abrüstung", dem etwa 300 Zuhörer beiwohnten. Redner behandelte dieses Thema vom Gesichtspunkte der Friedenspolitik und führte aus, daß zwecks Unmöglichmachung eines Krieges bei Kriegserklärungen der Generalstreik proklamiert werden müsse und daß die Soldaten den Gehorsam verweigern müßten.

Dr. Loos wurde wegen dieses Vortrags zur Verantwortung gezogen und stand gestern vor dem Lodzer Bezirksgericht. Er bekannte sich nicht zur Schuld, sondern erklärte, daß er die Theorie der deutschen und englischen Pazifisten geschildert habe.

Aus den Zeugenaussagen ging hervor, daß Dr. Loos nicht die eigene Ansicht, sondern die Richtlinien der ausländischen Pazifisten angeführt habe. Man habe den Eindruck gewonnen, daß er mit dieser Theorie nicht einverstanden sei.

Das Gericht sprach daraufhin den Angeklagten frei. (p)

Sport.

Vom Städtekampf Lodz — Stockholm.

Der Boxstädtekampf Lodz — Stockholm, der am 8. Dezember, um 11.30 Uhr, im Scala-Theater steigen wird, hat in der Lodzer Sportwelt bereits großes Interesse wachgerufen. Die Schweden treten in demselben Bestande wie gegen die polnischen Landesrepräsentation an, so daß wir in Lodz die besten schwedischen Amateure im Ring sehen werden. Die Paarungen für den Städtekampf sind wie folgt vorgenommen worden (an erster Stelle Lodz):

Fliegengewicht: Pawlak — Ljung
Bantamgewicht: Spodenkiewicz — Andersen
Federgewicht: Taborek — Karlson
Leichtgewicht: Klimczak — Lindquist
Weltergewicht: Garnczarek — Eklund
Mittelgewicht: Chmielewski — Ostling
Halbschwergewicht: Kempa — Söderberg
Schwergewicht: Konarzewski — Erickson.

Die Boxer Chmielewski und Konarzewski werden an diesem Tage ihre 50. Kämpfe bestreiten. Vorverkauf der Eintrittskarten in der Tuchhandlung G. E. Restel, Petrikauer 84.

Die Triumph-Sportspiele.

Am Sonnabend kommen in der Turnhalle des Deutschen Gymnasiums weitere Spiele um die vom veranstaltenden Verein gestifteten Pokale zum Austrag. Im Frauennetzball begegnen sich LKS. — Zjednoczone um den 3. Platz, im Männerkorbball LKS. — Zjednoczone und Triumph — YMCA. Außerdem findet ein Meisterschaftsspiel im Frauennetzball zwischen Zjednoczone und Geyer statt.

Aus dem Reiche.

Geheimnisvoller Mord.

Zum Markt nach Lodz fahrende Bauern bemerkten gestern auf der Chaussee nach Brzeziny in der Nähe von Rogozno einen herrenlosen Bauernwagen, der mit zwei Pferden bespannt war. Als sie sich dem Wagen näherten, sahen sie, daß auf ihm ein Mann in seinem Blute liegt. Sie benachrichtigten sofort die Polizei, die feststellte, daß es sich um den 55 Jahre alten Jozef Mielczarek aus dem Dorf Nowy Zelgosz, Gem. Dobra, Kreis Brzeziny, handelt. Der Mann war bereits tot. Bisher konnte nicht festgestellt werden, von wem und auf welcher Grundlage der Mord verübt worden ist. (p)

Furchtbarer Tod eines Häftlings.

Er wollte mit gefesselten Händen fliehen.

Vor einigen Tagen wurde in Wilczyn, Kreis Konin, der 40 Jahre alte Kazimierz Walczak wegen irgend eines Vergehens festgenommen und in das Gemeindearrestlokal gebracht. Da dieses Lokal wenig Sicherheit bot,

wurde Walczak an den Händen gefesselt, obzwar dies nicht gestattet ist.

Gefesselt darf nur ein Schwerverbrecher werden, und auch nur dann, wenn dieser transportiert wird und Fluchtgefahr besteht. In der Zelle darf ein Häftling nicht gefesselt werden.

Trotz der zusammengebundenen Hände versuchte Walczak aus dem Arrest zu fliehen. Er kletterte auf die Pritsche und schob von dort aus mit den zusammengebundenen Händen zwei Bretter auseinander. Dann schob er die Arme über die Bretter und begann sicht hinaufzuziehen. Dabei glitt er aus und blieb mit dem Kopf zwischen den beiden Brettern hängen. Als nach längerer Zeit der Wärter nach ihm schaute, war er bereits tot. Die Behörden leiteten eine Untersuchung ein. (p)

Ein Zentner Sprotten für 1 Zloty.

Reiche Fischfänge bei Gdingen.

Der Sprottenfang hat in Hela und an der übrigen polnischen Seeküste in vollem Umfang eingesetzt. Bereits am ersten Tage fingen Helaer Fischer 50 000 Kilo, die Gdinger 10 000 Kilo dieser Fische. Die Preise der Sprotten sind von 8 auf 3 Zloty pro Zentner gesunken. Wiederholt wollen die Räuchereien den Fischern nicht einmal diesen niedrigen Preis zahlen und geben 1 Zloty und sogar noch weniger für den Zentner.

Zweimal zum Tode verurteilt.

Vor dem Posener Appellationsgericht als Berufungsinstanz hatten sich die Waldarbeiter Wilhelm Ostrycharz und Johann Podsiadly aus Plawisk, Kreis Birnbaum, wegen Raubmordes zu verantworten. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, im Jahre 1929 bei Ausführung von Waldarbeiten den Arbeiter Anton Kuleta mit einem Spaten niedergeschlagen und seiner Ersparnisse in Höhe von 500 Zloty, die er stets bei sich trug, beraubt zu haben. Die Leiche des Ermordeten wurde erst nach einigen Monaten beim Bäumepflanzen im Walde vorgefunden und als Mörder die beiden Angeklagten ermittelt.

In der ersten Instanz gaben die Angeklagten die Tat zu, versuchten aber einer dem andern die Hauptschuld zuzuschieben. Der Angeklagte Podsiadly wurde zum Tode und Ostrycharz zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein. Das Appellationsgericht hob das erstinstanzliche Urteil auf und verurteilte beide Angeklagte zum Tode durch den Strang. Die seitens des Verteidigers, Rechtsanwalts Dr. Nowosielski, eingelegte Revision wurde als begründet anerkannt und die Sache dem Appellationsgericht zur nochmaligen Verhandlung überwiesen. In der erneut durchgeführten Verhandlung wurden die Angeklagten wiederum zum Tode durch den Strang verurteilt.

Lenczyca. Kirchenbrand. Das Dach der Kirche in Dombie, Kreis Lenczyca, wird einer Reparatur unterzogen. Durch Unvorsichtigkeit der Arbeiter beim Löten der Blechplatten geriet das Dach in Brand. Aus der ganzen Umgegend eilten Feuerwehren herbei, denen es gelang, den Brand zu unterdrücken. Ein Teil des Dachstuhls wurde arg beschädigt. (p)

Nakel. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich in Olszewo, als einige Kinder mit den Loren der Kleinbahn spielten. Die neunjährige Nowicka fiel dabei so unglücklich, daß sie überfahren wurde. Dem Kinde wurde das eine Bein bis zum Oberschenkel abgefahren. Sie verblutete und starb auf dem Transport zum Wirsitzer Krankenhaus.

Am Scheinwerfer.

König Zygmunt und Herr Grazynski.

Wie der „Glos Narodu" meldet, ist in einer Versammlung der polnischen Gemeinderäte aus dem Kreise Rybnik eine Huldigungsdepesche an den schlesischen Wojewoden Grazynski gerichtet worden, die mit folgenden Worten beginnt:

„Arbeitsfreudigster! So haben sich die Ratsherren der Stadt Krakau an den König Zygmunt gewandt, indem sie auf diese Weise seinen wesentlichsten Charakterzug zum Ausdruck brachten. So auch wir, die polnischen Stadtverordneten", usw.

Aus dem deutschen Gesellschaftsleben

Generalversammlung des Kirchengesangvereins „Zoar". Am 25. November l. Js. um 8.30 Uhr abends fand die diesjährige ordentliche Generalversammlung des Kirchengesangvereins „Zoar" statt. Die Versammlung eröffnete der Vorstand Herr R. Kleebaum mit einer herzlichen Begrüßungsansprache an die Mitglieder. Alsdann schritt man zur Erörterung der Tagesordnung. Das Protokoll von der letzten Quartalversammlung wurde vom Schriftführer Herrn Karl Lippelt verlesen und nach Ergänzung angenommen. Den Kassenbericht erstattete ebenfalls Herr K. Lippelt in Vertretung des Kassierers. Aus dem Bericht war zu ersehen, daß der Verein trotz der schweren Wirtschaftslage finanziell gut steht. Den Bericht der Revisionskommission erstattete Herr E. Marks, indem Bücher und Kasse in mustergültiger Ordnung vorgefunden wurden. Den Tätigkeitsbericht erstattete im Namen der Verwaltung der Schriftführer, welcher in kurzen Umrissen die Fortschritte und gegenwärtige Lage des Vereins schilderte. Anschließend wurde noch der Vorstandsdame Frau Amanda Kleebaum für die Mühewaltung bei der Fertigstellung der Fahne und den emsigen Stickerinnen gedankt. Nach Entlastung der Verwaltung wurde eine Unterbrechung anberaumt. Zwecks schnellerer Abwicklung der Wahl wurde ein Präsidium in folgendem Bestande gewählt: Vorsitzender K. Lippelt, Beisitzender E. Kristoff und Schriftführer M. Berger. In die neue Verwaltung wurden sodann gewählt: Vorstände: R. Kleebaum und E. Kristoff; Vorstandsdamen: Frau Amanda Kleebaum und Frl. L. Berndt; Schriftführer: K. Lippelt und Frl. E. Rohr; Kassierer: M. Berger, Lagenkassierer der Aktiven Frl. E. Berndt, Lagenkassierer der Passiven Frl. J. Priebs; Vergnügungskomitee: A. Fibiger, Frl. M. Horn und E. Kunig; Archivare: L. Lobusch, Frl. Ch. Kleebaum; Kontrolldame: Frl. L. Teurich; Dramatische Sektion: W. Rudolf und W. Haß; Fahnenträger: M. Berger, M. Rolle und E. Schleicher; Revisionskommission: E. Marks, O. Weiß, M. Rolle und Frl. E. Zinser. Nach der Wahl wurden verschiedene Angelegenheiten interner Natur erörtert.

„Schneewittchen und die sieben Zwerge". Das am vergangenen Sonntag im Jünglingsverein aufgeführte reizende und große Märchen „Schneewittchen und die sieben Zwerge" war so stark besucht, daß einige hundert Besucher keinen Einlaß mehr fanden und umkehren mußten. Die Verwaltung des Vereins hat daher beschlossen, dieses allbeliebte Märchen am kommenden Sonntag, dem 4. Dezember, um 5 Uhr nachmittags zu wiederholen. Gleichzeitig sei bekanntgegeben, daß Personen, welche im Besitze von Einlaßkarten sind und das Stück wegen des großen Andrangs nicht sehen konnten, diese Karten am kommenden Sonntag benutzen können.

Achtung, Konstantynow!

Um die Parteimitglieder mit dem Problem der Freien Stadt Danzig und den rechtlichen sowie staatspolitischen Zusammenhängen dieser so überaus heiklen Frage bekannt zu machen, wird Gen. Kociolek einen Vortrag über das Thema:

„Das Danziger Problem"

halten. Zu diesem Zweck findet eine

Mitgliederversammlung

der Ortsgruppe Konstantynow statt; und zwar am Sonnabend, dem 3. Dezember, um 7.30 Uhr abends, im Parteilokale, 11-go Listopada 14.